

Mit einer großen Lüge in einen neuen Krieg

Die EU ist auf dem besten Wege, zum Mittäter eines US-Krieges gegen Iran zu werden

Erscheinen in: Neues Deutschland vom 15./16. Oktober 2005
Sonderbeilage „Einstein weiterdenken“

Auf Initiative der EU beschloss der Gouverneursrat der IAEA am 23. September 2005 mit 22 Stimmen von 35 Mitgliedern eine scharfe Resolution, die Iran beschuldigt, über zwei Jahrzehnte ihr Atomprogramm verheimlicht und den Atomwaffensperrvertrag gebrochen zu haben. Im November befasst sich der Gouverneursrat noch einmal mit Irans Nuklearakte, dann soll der UN-Sicherheitsrat eingeschaltet werden, um gegen Iran Sanktionen zu verhängen. Die EU, mit Unterstützung der USA, besteht darauf, dass der Iran auf Urananreicherung für immer verzichtet. Der Iran pocht dagegen entschlossen auf sein Recht, diese Technologie verwenden zu dürfen. Bisher hatten nicht nur China und Russland, sondern auch die Blockfreien das EU-Ansinnen abgelehnt. Diesmal haben sich China und Russland enthalten, Indien als Meinungsführer der Blockfreien hat dem EU-Resolutionsentwurf jedoch zugestimmt, damit ist bei den Blockfreien der Damm zu Lasten Irans gebrochen. Die EU und die USA hatten für dieses Ergebnis offenbar wirkungsvolle Lobbyarbeit geleistet. „Wir und Europa arbeiten daran, dass die Botschaft der Weltgemeinschaft an den Iran eindeutig ist“, hatte Condoleezza Rice Mitte September angekündigt. Folgerichtig war die US-Regierung mit der EU mehr als zufrieden, die Resolution sei „ein bedeutender Zwischenschritt auf dem Weg zum UNO-Sicherheitsrat“ sagte der stellvertretende US-Außenminister Burns und fügte hinzu, dass die Bush-Administration eine „langfristige Strategie“ habe, „die darin besteht, Iran in der Atomfrage zu isolieren.“ Teil dieser Strategie sei es gewesen, „das EU-Trio bei seinen Verhandlungen mit Teheran auflaufen zu lassen, und damit die Europäer auf den Kurs der USA zu bringen“, erläutere ein Vertreter der Administration, die laut taz vom 26. Sept. 2005, „namentlich nicht genannt werden wollte“.

Die USA haben es geschafft, ihrem Ziel mit Hilfe der EU und inzwischen auch Indien näher zu kommen, der Countdown läuft: Iran hat Japan – das ebenfalls der EU-Resolution zugestimmt hat - und Indien, die beide von iranischen Ölimporten abhängig sind, indirekt mit Ölboykott gedroht und das iranische Parlament hat am 28. September mit großer Mehrheit beschlossen, die Regierung zur Aussetzung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag zu verpflichten. Ein UN-Sicherheitsratsbeschluss ist durch die erneute Zuspitzung des Konflikts vorprogrammiert, die Wahrscheinlichkeit, dass am Ende dieser Eskalationsdebatte die USA sich moralisch legitimiert fühlen, Irans Nuklearanlagen aus der Luft anzugreifen mit oder ohne Zustimmung des Sicherheitsrates, ist enorm gestiegen.

Die USA verfügen nach Einschätzung von Militärexperten über alle technischen und strategischen Kapazitäten, um von ihren Stützpunkten in Saudi-Arabien und Qatar oder von den in Bahrain ankernden Kriegsschiffen aus oder mit den auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean stationierten Langstreckenbomben des Typs B-52 Irans Atomanlagen zu bombardieren.¹ Im Unterschied zum Irak-Krieg bedürfte es daher hier keiner Bodentruppen. Mit Hinblick auf das offensichtliche Scheitern der US-Armee im Irak herrscht in Europa die Auffassung vor, die USA könnten sich kein neues militärisches Abenteuer leisten, zumal eine militärische Be-

¹ Vgl. „Zeichen auf Sturm“, in: Frankfurter Rundschau vom 20. August 2005.

setzung Irans durch die US-Armee als undurchführbar gelte. Tatsächlich verfolgt das Pentagon jedoch keineswegs - wie fälschlicherweise angenommen wird - eine militärische Besetzung des Landes, sondern Angriffe aus der Luft gegen iranische Atomanlagen. Die USA würden ihren Krieg damit rechtfertigen, die „unberechenbaren Mullahs“ daran zu hindern, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen. Durch einen Erfolg würden sie gleichzeitig auch vom Irak-Desaster ablenken – ein verlockendes aber auch ein äußerst riskantes Kalkül.

Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios würde dramatisch zunehmen, wenn im Westen die Überzeugung vorherrschte, die uneinsichtigen Hardliner in Teheran wollten es darauf anlegen, den Verhandlungsweg in die Sackgasse zu führen, obwohl die EU-Drei ihnen mit einem großzügigen Kompromissvorschlag weit entgegengekommen seien. Da die Diplomatie den Iran nicht zum Einlenken bewegte, würden jetzt nur noch Bomben helfen. Selbst wenn tatsächlich dem Iran die Last der Verantwortung zufiele, trüge die EU für diese US-Militäraktion die Mitverantwortung, da sie versagt hätte, einen neuen Krieg zu verhindern. Umso größer wäre die Last, wenn sich herausstellte, dass nicht der Iran, sondern die EU das Scheitern verursacht hätte. Kann ein neuer Krieg noch verhindert werden, reichen Schröders Warnungen an die US-Adresse vor den Risiken eines Krieges gegen den Iran dazu aus? Kann die EU das Ruder noch herum reißen? Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es zunächst einer nüchternen Analyse der Situation einschließlich der Auswertung des EU-Drei-Verhandlungsangebots.

Das EU-Angebot kaschiert die Selbstblockade

Irans Diplomaten wiesen den 34 Seiten umfassenden Vorschlag aus London, Berlin und Paris postwendend als unannehmbar und als eine „Beleidigung für das iranische Volk“ zurück, er sei „extrem lang, wenn es um die Forderungen an den Iran geht und absurd kurz, wenn es um die Angebote an den Iran geht“. Pokern Irans Hardliner wieder und reizen sie ihre Möglichkeiten aufs Äußerste aus oder haben sie für ihr unmissverständliches Nein zum EU-Vorschlag gute und rationale Gründe, vor denen sich eine aufgeklärte Öffentlichkeit im Westen nicht verschließen könnte? Dazu sollte man sich die Mühe nicht ersparen, den sogenannten Kompromiss näher unter die Lupe zu nehmen: Bei den umfangreichen wirtschaftlichen Anreizen geht es z. B. um technologische Kooperationen im Bereich Öl und Gas, Landwirtschaft und Wasserversorgung, somit nicht um neue Anreize, sondern im Wesentlichen um eine Vielzahl von Projekten, die längst vereinbart bzw. begonnen worden sind. Je stärker aber die US-Interessen im Mittleren Osten tangiert werden, desto unverbindlicher werden die EU-Drei in ihrem Angebot.² Bei Themen, die Washington missfallen, Iran aber Vorteile brächten, wie z.B. Aufhebung von Handelsdiskriminierungen, Aufnahme in die Welthandelsorganisation, Ersatzteillieferungen für die iranische Zivilluffahrt, erklären sich die EU-Drei nur unverbindlich bereit, Iran zu unterstützen. Was das für den Iran besonders wichtige asiatische Pipeline-Projekt (zwischen dem Kaspischen Meer und dem Persischen Golf) angeht, signalisieren die EU-Drei lediglich ihre Bereitschaft zu einer „Diskussion“.

Großzügiger und verbindlicher ist das EU-Angebot jedoch bei der Zusicherung zur Bereitstellung von Brennstäben für die Atomenergie, die Rücknahme des Atommülls und die Lieferung von Leichtwasserreaktoren. Warum schlägt aber die EU nicht die Lieferung regenerativer Energietechnologien, so z.B. Solarkollektoren, Windkraftanlagen, Solarzellen etc. vor? Dass der Iran derartiges in den bisherigen Verhandlungen selbst nicht verlangt hat, wäre kein Grund, diesem nicht trotzdem Angebote für bessere Alternativen zu Atomkraft und fossilen Energien zu machen. Umso erstaunlicher, da ausgerechnet ein grüner Außenminister aus Deutschland es versäumt hat, klassische grüne Technologien als Alternative zur Atomenergie in das EU-Papier zu integrieren. Insofern steht zu befürchten, dass dieses einseitig auf die nukleare Energietechnologie beschränkte Angebot darauf abzielt, der krisengeschüttelten europäischen Nuklearindust-

² Vgl. dazu IAEA-Information Circular: Framework for a long-term agreement between the Islamic Republik of Iran and France, Germany & the United Kingdom, with the support of the high representative of the European Union, 8. August 2005. (www.bits.de Iran-Archiv)

rie auf kaltem Wege neuen Auftrieb zu geben. Ganz abwegig ist diese Annahme jedenfalls nicht.

Wie verhält es sich aber mit Sicherheitsgarantien im EU-Vorschlag, die für die iranische Seite ganz oben auf der Wunschliste standen? Eine EU-Garantie für die Versorgung des nuklearen Brennstoffkreislaufs Irans wäre nichts wert, wenn die USA sie nicht mit trügen. Selbst dann könnte die Versorgung in Krisensituationen auch in Zukunft immer gestoppt werden, wenn die US-Regierung es wollte. Mehr noch: das Herz der iranischen nuklearen Energieversorgung befände sich in der Hand des politischen Gegners. Iran wäre damit jederzeit erpressbar oder die kostspieligen Atomanlagen wären keinen Pfifferling mehr wert. Auch die Garantie, den Iran mit britischen oder französischen Atomwaffen nicht zu bedrohen, geht am Kern des iranischen Sicherheitsproblems völlig vorbei, sie ist eigentlich ein Witz. Der Iran fühlt sich nämlich in keinsten Weise durch England oder Frankreich bedroht, sondern vielmehr durch das israelische Atomwaffenarsenal (200 – 300 Atomsprengköpfe und alle dazu erforderlichen Trägersysteme) und durch die USA, die mit ihren Militärstützpunkten rund um den Iran herum dem Land buchstäblich im Nacken sitzen.

Was verlangt aber die EU als „Gegenleistung“ dafür, dass sie dem Iran so gut wie nichts gibt: nicht weniger als den endgültigen Verzicht auf eigene Urananreicherungsanlagen und auf alles, was über den Betrieb von Atomreaktoren zur Stromerzeugung hinausgeht. Des Weiteren verlangen die EU-Drei einen vertraglichen Verzicht auf das Recht, den Atomwaffensperrvertrag zu kündigen. Keinem Staat dieser Welt ist bisher eine derart rigorose Verpflichtung zu einem einseitigen Souveränitätsverzicht für alle Zeiten abverlangt worden. Ein derartiges Angebot hätte „die junge Bundesrepublik“ – so Otfried Nassauer, Direktor des Berliner Instituts für Transatlantische Sicherheitspolitik in Berlin – „zurückgewiesen“ (Berliner Zeitung vom 20. August 2005). Die Bundesrepublik trat Ende der 60er Jahre dem Atomwaffensperrvertrag erst nach ursprünglich vehementem Widerstand und umfassenden Sicherheitsgarantien der drei westlichen Atomtommächte bei.

Statt einen Krieg zu verhindern, liefert die EU die moralische Legitimation dafür

Der Vorschlag der EU-Drei, so wie er nun besteht, gefällt ganz sicher Israel, den USA und der europäischen Nuklearindustrie, er ist jedenfalls für den Iran nicht das, was man mit Fug und Recht gemäß kooperativer Maßstäbe und Win-win-Strategien als Kompromiss deklarieren könnte. Weder ein autokratisch noch ein demokratisch regierter Iran könnte je diesem EU-Vorschlag zustimmen. Eine demokratische Regierung mit PR-Erfahrung hätte längst in Berlin, London, Paris und Brüssel eine offensive Aufklärungskampagne gestartet und für ihr Nein gegen den vermeintlichen Kompromiss aller Wahrscheinlichkeit nach sogar viel Zuspruch erhalten.

Für das Scheitern der EU-Drei sind also lediglich diese selbst und nicht die Hardliner aus Teheran verantwortlich. Die EU-Verhandlungsstrategie ist längst Teil der gefährlichen US-Iran-Politik geworden. Kein geringerer als Fischer hat für diese Handlanger-Rolle den Weg geebnet. Seine oft wiederholte Warnung vor einer „Fehleinschätzung“ der Reaktionen der internationalen Gemeinschaft, ist die diplomatisch verschlüsselte Botschaft: entweder ihr akzeptiert das EU-Angebot oder euch droht ein Krieg der USA. Die amerikanische Drohkulisse, „die Europäer verhandeln und wir schließen einen Krieg gegen den Iran nicht aus“, passt ziemlich genau auf die EU-Verhandlungstaktik. George W. Bush und Condoleezza Rice befürworteten zwar den diplomatischen Weg der EU, ebenso entschieden erwarteten sie aber, dass nach einem Scheitern dieses Weges die EU der harten Linie der US-Regierung gegen den Iran zustimmten. Wir sollten den diplomatischen Weg „aus taktischen Gründen den Europäern überlassen“, plauderte Anfang Juli Henry Kissinger aus dem Nähkästchen. „Präsident Bush“, schrieb Anfang des Jahres der Spiegel „will unter allen Umständen verhindern, dass der Mullah-Staat zur Nuklearmacht, und damit zur Vormacht im Nahen Osten aufsteigt. Dabei weiß er die Europäer, anders als im Irak-Krieg, sogar auf seiner Seite“ (Der Spiegel 4/2005).

Kein Zweifel, die EU-Drei wollten ursprünglich die harte Sanktions- und Drohpolitik der USA durchkreuzen und hatten den Iran, auch durchaus entgegen der US-Taktik, zu einem befristeten Verzicht auf Urananreicherung bewegt. Doch begaben sie sich mangels eines eigenen und glaubwürdigen Strategieersatzes auf ein diplomatisch äußerst riskantes Terrain, wodurch ihr Erfolg vom Gedeih und Verderb der US-Politik abhängig wurde. „Je stärker sich die USA politisch und diplomatisch engagieren“, gab Fischer Ende Januar 2005 vor einer Reise nach Washington im Zusammenhang mit der Forderung Irans nach Sicherheitsgarantien zu „desto größer sind auch unsere Erfolgsaussichten“ (Der Spiegel 4/2005). Genau diese einkalkulierte Abhängigkeit wurde der EU-Diplomatie - wie es vorauszusehen war - zum Verhängnis. Die im Prinzip schlüssige Forderung der Iraner nach einer glaubwürdigen Sicherheitsgarantie als Gegenleistung für einen dauerhaften Verzicht auf Urananreicherung, die nur von den USA gewährt werden kann, kam Bush und Rice wie gerufen. Sie verweigerten der EU die Erfüllung genau dieses iranischen Top-Wunsches, die EU geriet unter Termindruck und bastelte, um ihr Gesicht zu wahren, in letzter Minute ihren substanzlosen „Kompromiss“ zusammen. Dadurch schlugen die Amerikaner mit ihrer Weigerung gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: die EU ist somit jetzt der nützliche Idiot in US-amerikanischer Hand und die USA haben es nun leicht, den Iran mit Zustimmung der EU vor den UN-Sicherheitsrat zu zerren und anschließend die iranischen Atomanlagen aus der Luft zu bombardieren, notfalls auch in eigener Verantwortung, sollten ihnen die Atomkräfte China bzw. Russland mit einem Veto in die Quere kommen.

Die EU-Drei sitzen nun dadurch fest im Schlepptau der Amerikaner, diese haben ihnen inzwischen den Boden unter den Füßen weggezogen und die EU-Initiative in das Gegenteil ihrer anfänglichen Motive verkehrt, weil das Beharren der EU auf dem einseitigen, völkerrechtlich nicht gedeckten Verzicht des Iran auf Urananreicherung von vornherein aussichtslos war. Zu allem Übel ist die EU auf dem besten Weg einen zweiten großen Fehler zu begehen und die Schuld für das eigene Versagen und für die kalkulierte Weigerung der USA ihr gegenüber nunmehr dem Iran in die Schuhe zu schieben. Doch ihre Täuschung der europäischen Öffentlichkeit macht alles nur noch schlimmer. Sie ist die effektivste psychologische Vorbereitung für den moralischen Beistand in einem US-Krieg gegen den Iran, um den Europa dann wegen des eigenen Versagens im aktuellen Konflikt nicht mehr herumkommen könnte. Der europäische Beistand verschafft Bush auch die Möglichkeit, sich bedenkenloser über mögliche russische und chinesische Vetos hinweg zu setzen und den UN-Sicherheitsrat erneut zu desavouieren.

Dieser europäische Offenbarungseid und die damit einhergehende außenpolitische Selbstblockade entspringen keineswegs handwerklichen Fehlern europäischer Außenpolitiker, sie folgen vielmehr einer nach wie vor dominanten, militärisch basierten Sicherheitslogik der realistischen Schule, die die europäische Außenpolitik zwangsläufig in die Falle der US-Eskalationspolitik im Mittleren und Nahen Osten hinein treibt. Der Dreh- und Angelpunkt dieses außenpolitischen Dilemmas der EU im Mittleren und Nahen Osten ist Israel und seine Sicherheit. Fischer spricht sich offensiver als jeder andere europäische Außenpolitiker dafür aus, dass Israel im Nahen Osten militärisch überlegen sein muss: „Als einer, der sich wirklich als Freund Israels begreift, habe ich den Eindruck“, sagte Fischer in einem Interview, „dass viele Menschen in Europa, nicht nur in Deutschland, nicht mehr ausreichend begreifen, warum Israel eine Position der militärischen Überlegenheit braucht - nicht aus irgendwelchen militaristischen Überlegungen heraus. Seit seiner Gründung ist die Existenz des Staates Israel niemals wirklich anerkannt worden von den Nachbarn, weshalb Israel, geprägt durch die Schoah, stets um seine Existenz kämpfen musste. Das erfordert militärische Überlegenheit.“ (Die Zeit vom 12. Mai 2005).

Welche Brisanz und welches Konfliktpotential aber diese scheinbar sicherheitspolitisch „logische“ Schlussfolgerung für eine moralisch gerechtfertigte Sache, nämlich die Sicherheit und das Existenzrecht Israels, beinhaltet, erleben wir heute im Konflikt um das iranische Atomprogramm, vielleicht noch viel deutlicher und hautnaher als bei allen bisherigen Versuchen der mittel- und nahöstlichen Staaten, der militärischen Überlegenheit Israels ganz im Sinne von Fischers Logik ein eigenes Gegengewicht, einschließlich Atomwaffen, entgegen zu setzen. Man muss davon ausgehen, dass Fischer sich über die Konsequenzen seiner Bedrohungsanalyse Israels völlig im Klaren ist. Dazu bedürfte es lediglich der Anstrengung, sich in die Lage derjeni-

gen Staaten zu versetzen, die nun ihrerseits sich durch Israels Atomwaffen bedroht fühlen. Fischer müsste eigentlich wissen, dass die militärische Überlegenheit Israels den Besitz von Atomwaffen einschließt, und er müsste auch wissen, dass atomares Ungleichgewicht immer – also auch regional – unweigerlich atomare Gegenreaktionen nach sich zieht.³ Damit legitimiert Fischer bewusst oder aber – was genau so schlimm ist – unbewusst nicht nur den Besitz von Atomwaffen, sondern auch einen möglichen Einsatz dieser Waffen in einem regionalen Konflikt. Immerhin ist inzwischen aktenkundig, dass Israel während der Höhepunkte bisheriger Nahostkrisen laut Angaben einer Spiegel-Titelgeschichte (Nr. 5/2004) mindestens zwei Mal kurz davor stand, Atomwaffen einzusetzen: 1973 erteilte „Golda Meir im Jom-Kippur-Krieg dem amtierenden Verteidigungsminister Moshe Dayan den Befehl, 13 Bomben gefechtsbereit zu machen. Die Nuklearwaffen werden zu Luftwaffeneinheiten transportiert. Für einige Tage um den 9. Oktober herum steht die Welt am Rande eines Atomkrieges Ariel Scharon schlägt, nach Erkenntnissen des Politikwissenschaftlers Cohen, zu Beginn des Libanon-Feldzuges 1982 im Kabinett allen Ernstes einen Atomschlag gegen Syrien vor, weil die Syrer angeblich drauf und dran seien, die Golanhöhen anzugreifen.“⁴ Fischer kann das logische Dilemma der militärischen Überlegenheit Israels auch praktisch nur dadurch lösen, indem er als ultima ratio einen US-Waffengang gegen Israels Gegenspieler, wie gegen den Iran, gutheißt, um den iranischen Zugriff auf Atomwaffen zu unterbinden. Ist es Bündnis 90/Die Grünen überhaupt klar, was Fischers Position für eine Partei bedeutet, die den Pazifismus für sich immer noch in Anspruch nimmt? Oder sind sie inzwischen soweit, auch diese neueste, äußerst schwerwiegende Wendung Fischers schweigend mit zu tragen und einen US-Krieg gegen Irans Atomanlagen zu tolerieren? Leider muss dies befürchtet werden, da der Wissensstand der Politiker, auch unter den Grünen, über die Details, die letztlich auch über einen Krieg entscheidend sind, erschreckend dürftig ist.⁵ Europa setzt damit jedenfalls auf die schlechteste aller Alternativen, um das Existenzrecht und die Sicherheit Israels zu „sichern“. Der Staat Israel mag sich auf Grund seiner atomaren Erstschlagskapazitäten sicher fühlen, dass es von keinem regionalen Staat unmittelbar militärisch bedroht wird, dafür bezahlt er aber den hohen Preis einer latenten Angst und dauerhaften psychologischen Unsicherheit, genau diese militärische Überlegenheit zu verlieren, von den hohen Kosten des regionalen Wettrüstens und der wachsenden Feindschaft einschließlich der Kosten der daraus hervorgehenden Konflikte für die Welt erst ganz zu schweigen.

³ Die USA halten nicht Israels Atomkapazitäten, sondern nationales Prestige für das Hauptmotiv hinter Irans Atomprogramm (vgl. dazu den im Juli 2004 unter der Leitung von Zbigniew Brzezinski und Robert Gits angefertigten, umfassenden Iran-Bericht einer Arbeitsgruppe des US-Council of Foreign Affairs: www.cfr.org). Doch derartige Motivkonstruktionen entsprechen nur dem eigenen Wunsdenken und bilden bestenfalls nur selektiv die Realität ab. Das Kalkül dabei ist jedoch mehr als durchsichtig. Nationales Prestige sei ein irrationales und kein sicherheitspolitisches Motiv, das man für unsinnig und überflüssig erklären kann, ohne mit der eigenen Lehre einer *Balance of Power* der realistischen Schule in Konflikt zu geraten. Überdies kann dadurch von Israels Atomwaffenpotentialen abgelenkt und eine öffentliche Debatte darüber verhindert werden. Dies erklärt zusätzlich, weshalb Israels Atomwaffen bei den gesamten bisherigen Verhandlungen fast immer außen vor blieben.

⁴ Das Phantom von Dimona, in: Der Spiegel 5/2004.

⁵ Dies belegt die Reaktion der Grünen Abgeordneten Elfi Janzen im Berliner Abgeordnetenhaus auf die Frage eines besorgten Bürgers, wie „sie sich als Abgeordnete bezüglich des drohenden Angriffs auf den Iran positionieren“ würde: Bündnis 90/Die Grünen „tun eine ganze Menge“, schreibt Janzen in ihrer mail vom 15.09.2005 zurück, „um eine Nuklearfähigkeit des Irans zu verhindern. Gemeinsam mit unseren britischen und französischen Freunden bieten wir dem Iran ein konkretes Angebot an, auf die zivile Nutzung der Atomkraft zu setzen, aber auf den militärischen Teil zu verzichten. Leider sind die iranischen Stellen nicht bereit, in Gänze auf die europäischen Forderungen einzugehen. ... Das Misstrauen gegenüber dem Iran ist zu Recht groß, dennoch ist ein positives Ergebnis möglich. Wenn der Iran den Weg der Vernunft und der Kooperation geht, wenn er zudem demokratisiert, könnte er der große Gewinner in einem neuen Nahen Osten werden. Die Grüne Abgeordnete Elfi Janzen wiederholt – übrigens ganz im Jargon eines Beamten des deutschen Außenministeriums - ungeprüft regierungsoffiziell verbreitete Unwahrheiten und bedient sich pauschaler Urteile und antiiranischer Ressentiments, um am Ende die besorgten Bürger im Unklaren darüber zu lassen, dass sie einen US-Krieg gegen den Iran, wenn dieser nicht zur „Vernunft komme“ und zudem sich auch nicht „demokratisiere“, als ultima ratio doch für unausweichlich hält. Ihre abstrakte Floskel „dass Krieg keine Option ist“, trägt auch nicht im Geringsten zur Klarheit bei. Condoleezza Rice wäre im Grunde keine andere Antwort auf die fürsorgliche Anfrage eingefallen, als die, wie sie die grüne Abgeordnete gegeben hat.

Die Wahrheit ist das erste Opfer, schon vor dem Krieg: Funktioniert noch die europäische Mediendemokratie?

Erinnern wir uns der Lügen und Täuschungen, die anderen Kriegen vorausgingen: Die US-Armee hat in Vietnam mehrere Jahre mit Napalmbomben gewütet, ohne dass die Amerikaner - im guten Glauben, dass die US-Regierung für eine gerechte Sache Krieg führt - sich ernsthaft damit befasst haben. Erst nachdem tausende gefallener GIs in die Heimat zurück geflogen wurden, begannen die US-Medien, dem Thema Vietnamkrieg auf den Grund zu gehen. Die Lüge der US-Regierung zur Legitimation des Krieges, Nordvietnam hätte US-Kriegsschiffe beschossen, haben die amerikanischen Medien zwar entlarvt, aber leider viel zu spät. Auch im Irak-Krieg hat die amerikanische Mediendemokratie kolossal versagt und die Lügen der US-Regierung über angebliche irakische Massenvernichtungswaffen unkritisch übernommen.

Und wie ist es mit der Mediendemokratie in Deutschland und Europa bestellt? Wollen Europas Medien mit der Kompromiss-Lüge der EU-Drei im Iran-Konflikt genauso umgehen, wie dies die US-Medien vorgemacht haben? Ist allen Verantwortlichen klar, dass die EU de facto zum Mittäter eines US-Krieges würde, selbst wenn sie ihn verbal ablehnte? Ist den EU-Politikern und der Öffentlichkeit bewusst, welche schwer kontrollierbaren Kettenreaktionen ein US-Krieg gegen den Iran in der Region bis hin nach Europa auslösen würde? Iranische Reaktionen dürften nicht lange auf sich warten lassen. Die Verminung der Straße von Hormuz im Persischen Golf und die Unterbrechung der Öltransporte mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft, die Mobilisierung der Hisbollah-Milizen im Libanon, weitere Radikalisierung der Schiiten und Zuspitzung des Chaos im Irak. Hinzu käme ein neuer heiliger Krieg der Al Qaida, die nur auf einen neuen Anlass wartet, um dann auch Paris und Berlin mit Terroranschlägen zu überziehen. Zu erwarten wäre auch eine Radikalisierung der Extremisten in der pakistanischen Armee, die im Besitz von Atomwaffen sind. Angesichts des Irak-Desasters muss man nicht einer Verschwörungstheorie anhängen, um eine solche Entwicklung für möglich zu halten. Die irakische Realität übertrifft inzwischen bei weitem die vielerorts vor dem Krieg geäußerten Befürchtungen. Im Falle Irans würden die Folgen noch unvergleichlich dramatischer und weit reichender sein als im Irak.

Gibt es Alternativen zum drohenden Krieg gegen den Iran?

Die Regierung Bush verfügt zweifelsohne über detaillierte Planungen für einen Luftangriff gegen iranische Atomanlagen. Seymour Hersh, „die Koryphäe im investigativen Journalismus“, so der „Spiegel“, enthüllte im ebenso renommierten wie vorsichtigen „New Yorker“ Mitte Januar 2005 die Angriffsabsichten der US-Neokonservativen, die Schlimmes vermuten lassen. Hersh trägt Mosaiksteine zusammen, er zitiert reichlich Politiker und Spitzenagenten, sein Resümee darf jedenfalls nicht leichtfertig ignoriert werden: „Bei meinen Recherchen während der beiden vergangenen Monate wurde ich allerdings mit viel undiplomatischeren Auffassungen konfrontiert. Die Falken in der Regierung rechnen damit, dass sich schon bald das Scheitern der europäischen Vermittlungsbemühungen mit Teheran herausstellen wird. Dann sei der Zeitpunkt gekommen, an dem die US-Regierung zur Tat schreiten müsse. ‚Wir reden hier nicht über irgendwelche Positionspapiere des Nationalen Sicherheitsrats, betonte der frühere Spitzenagent.‘ Über diese Hürde sind die längst hinweg. Es geht nicht mehr darum, ob sie irgendetwas gegen Iran unternehmen. Sie werden es tun.“ (Hersh in: Der Spiegel 4/2005) Genau dieses von Neokonservativen erhoffte Szenario ist jetzt eingetreten.

Inzwischen berichtete auch der Fernsehsender Arte ausführlich über Pentagon-Planspiele, die belegen, dass bei allen durchgespielten Szenarios sich ein US-Krieg gegen den Iran als unvermeidlich herausstellt. Demnach muss der Iran selbst dann mit einem US-Krieg rechnen, wenn er alle Bedingungen der IAEA erfüllt, denn die USA würden trotzdem die Zusagen der Mullahs grundsätzlich als unglaubwürdig und als Tarnungstaktik in Zweifel ziehen.⁶

⁶ Planspiel Iran. WDR Sendereihe „Die Story“. Wiederholung am 23. September 2005 auf Phoenix.

Tatsächlich hat Bush bei all seinen bisherigen Stellungnahmen zum Iran-Konflikt keinen Zweifel daran gelassen, dass „no option out of the desk“ ist. Auch die deutsche Bundesregierung und die EU haben sich auf einen Konfrontationskurs eingestellt und unterstützen den US-Vorschlag, die iranische Nuklearakte an den UN-Sicherheitsrat zu überweisen. Der deutschen Bundesregierung geht es mittlerweile nicht mehr um ob, sondern um welche Sanktionen gegen den Iran verhängt werden sollen. Diese reichen von Handels- und Investitionssanktionen, Ölboykott bis zu Finanzsanktionen: „In Anbetracht der problematischen Alternativen - umfassende Sanktionen, Militärschläge, 'regime change' - bieten 'intelligente' Sanktionen am ehesten eine realistische Option, Iran unter Druck zu setzen.“⁷ Diese von der regierungsnahen Stiftung Wissenschaft und Politik naiv als „weich“ oder „intelligent“ verharmloste Sanktionsstrategie dürfte sich aber bald als Vorstufe einer von der US-Regierung bevorzugten harten Gangart erweisen. Praktisch kann die nächste Eskalationsstufe kaum noch verhindert werden. Der Weg für die USA wäre für den Krieg - mit oder auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates - freigelegt, würde die EU die Chance für einen Ausweg aus der Krise in allerletzter Minute verpassen.

Die Dramatik und die Dimension eines möglichen US-Krieges gegen den Iran warnt vor allem uns in Europa, nicht nur sehenden Auges die nächste Eskalationsstufe abzuwarten, sondern nach Auswegen zu suchen, bevor es zu spät ist. Noch ist nicht alles verloren. Die EU hätte immer noch die Möglichkeit, das Ruder herumzureißen und ihre Eigenständigkeit in diesem Konflikt zurück zu gewinnen. Dazu müsste sie sich von der selbst verschuldeten Blockade lösen, die von einer folgenreichen wie falschen Schlussfolgerung aus der Bedrohungslage im Mittleren und Nahen Osten herrührt. Wenn nämlich feststeht, dass die USA und Israel unter keinen Umständen bereit sind, eine Atommacht Iran zu dulden, und wenn ebenso klar ist, dass auch der Iran seinerseits sich grundsätzlich außerstande fühlt, Israels atomare Überlegenheit als gottgegeben zu akzeptieren, dann gibt es nur die eine logisch naheliegende Win-win-Lösung, dass der Iran auf den Zugriff zu Nuklearwaffen verzichtet und dass auch Israel seine zerstörerische, weil auf Atomwaffen gestützte Sicherheitspolitik aufgibt. Nullsummenspiele der „realistischen“ Schule, dass die vermeintliche Sicherheit der einen Seite die Unsicherheit für die andere Seite mitproduziert, werden im konkreten Konflikt grundsätzlich scheitern, ja scheitern müssen, selbst wenn Irans Regierung sich genötigt sehen sollte, vorerst taktische Zugeständnisse zu machen.

Ganz im Sinne dieser Bedrohungsanalyse und der einzig logischen Schlussfolgerung müsste die EU als eine substanzielle Gegenleistung für den iranischen Verzicht auf Urananreicherung eine baldige Konferenz für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten in Aussicht stellen. Dies wäre für die EU eine, vielleicht sogar die einzige Möglichkeit zu einem Befreiungsschlag in letzter Minute. So könnte ein neues Fenster geöffnet werden, das es dem Iran erlaubte, auf die Urananreicherung bis auf weiteres doch noch zu verzichten. Dadurch würde es auch möglich, die Zukunft für die gesamte Region neu zu denken. Die Perspektive einer Organisation der regionalen Sicherheit für den Mittleren und Nahen Osten (OSZMNO) ist ohnehin die einzig denkbare Grundlage nicht nur für eine dauerhafte Sicherheit der westlichen Ölversorgung und für die Existenz Israels, sondern auch für die friedliche Regelung zahlreicher anderer grenzüberschreitender ethnischer Konflikte sowie von Streitigkeiten um die Nutzung von Ölquellen, Wasserquellen und Wasserstraßen. Europa ist die einzige politische und moralische Macht, die dieses Fenster des Friedens für eine der sensibelsten Regionen der Welt öffnen kann. Es lohnt sich, dafür propagandistische Angriffe der US-Neokonservativen und von Israels Scharon auf sich zu nehmen: Reformkräfte in der gesamten Region, auch in Israel, erhielten neuen Auftrieb und der innenpolitische Konsens für Atomwaffen⁸ verlöre im Iran seine Legitimation. Aber auch in Israel könnte eine offene Debatte über Alternativen zur atomar gestützten Sicherheitspolitik beginnen.

Irans nukleares Projekt und die Frage der Nationalen Identität

⁷ Rudolf, Peter, 2005: Sanktionen gegen Iran. Optionen, Probleme, Perspektiven, in: SWP-Aktuell August 2005.

⁸ Über diesen Konsens wird zwar jegliche öffentliche Diskussion vermieden. Die Mehrheit der Iraner quer durch alle Fraktionen und Strömungen, halten hinter vorgehaltener Hand iranische Atombomben angesichts der pakistanischen und israelischen Atomarsenale für eine Selbstverständlichkeit.

Ob nun Europa es will oder in der Lage ist die historische Chance zu nutzen, die Islamische Republik Iran hat ein substanzielles Interesse an Frieden und politischer Stabilität im Großraum Mittlerer Osten, das jenseits und auch ohne ein iranisches Nuklearprogramm zu erreichen ist. Das angestrebte Ziel Irans, über einen eigenständigen nuklearen Brennstoffkreislauf zu verfügen, ist allein schon deshalb nicht zu realisieren, da der Iran nur über unzureichende Mengen an Uranvorkommen verfügt, und deshalb mittel- und langfristig ohnehin darauf angewiesen sein dürfte, das Rohuran zu importieren.⁹ Es ist offensichtlich, dass das nukleare Projekt für die breite iranische Elite und die neu entstandenen Mittelschichten jenseits von Ideologien und politischer Parteizugehörigkeit wesentlich mehr ist als nur eine für die langfristige Stromversorgung notwendige Technologie und auch mehr als ein sicherheitspolitisch begründetes Vorhaben. Das Projekt hat für sie auch eine symbolische Bedeutung, die für die neue iranische Nation Identität stiften und die soziale Mobilisierung für nationale Ziele fördern soll, zumal auch im Iran der Prozeß des *nation building* voll im Gange ist. Viele Iraner sind überzeugt, dass das nukleare Projekt den Iran zur wissenschaftlich-technologischen Eigenständigkeit, zu mehr Selbstwertgefühl und nationaler Souveränität und auch machtpolitisch in der Welt zu mehr Respekt verhilft.

„Der nukleare Brennstoffkreislauf“, sagte Ghassem Soleymani, Planungsdirektor des iranischen Bergwerks in Saghene, „gehört zu unserer Identität, unserem Blut und unserer nationalen Sicherheit“. Diese Einschätzung teilen nicht nur die drei- bis viertausend hoch dotierten Experten der iranischen Nuklearindustrie. Auch Irans ehemaliger Präsident und Reformier Khatami vertritt zur Verteidigung des nuklearen Projektes eine ähnliche Auffassung, da die Atomtechnologie „unseren nationalen Interessen, unserer nationalen Ehre, unserer Zukunft entspricht und unser Fortschritt davon abhängt.“ Noch deutlicher legt sich der konservativ orientierte Teil der iranischen Elite um den neuen iranischen Präsidenten auf das nukleare Projekt fest. „Der nukleare Brennstoffkreislauf“, sagte der neue Chef von Irans Nationalem Sicherheitsrat, Larijani, „ist ein Recht und zugleich auch ein Bedürfnis, und kein Volk kann an einem Zugang zu dieser Technologie gehindert werden. Dabei sollten wir uns die innenpolitische Lage betrachten. Ahmadinechat siegte und übernahm die Macht, weil er die Idee und das Ziel verfolgte, diese Technologie zu beherrschen und den erreichten Stand zu verteidigen. Er fühlt sich diesem Anliegen nachhaltig verpflichtet. Damit ist dieses Projekt eine nationale Idee und ein nationales Ziel geworden. Leider ist es ein großer Fehler des Westens, dass er diese allgemein verbreitete Auffassung der Iraner ignoriert.“ (Shargh 9. August 2005)

Die Parallele zwischen Mossadeghs Projekt der Nationalisierung der iranischen Ölindustrie vor 55 Jahren und dem nuklearen Projekt liegt offensichtlich auf der Hand. Mossadeghs Projekt trug tatsächlich erheblich zum Nationalbewusstsein und zum Souveränitäts- und Freiheitsgefühl im modernen Iran bei. Die kollektive Erinnerung an die immer noch sehr lebendigen Erfahrungen der sozialen Mobilisierung der städtischen Mittelschichten von damals mag erklären, weshalb die neuen Eliten und Schichten möglicherweise unbewusst parteiübergreifend und unbedenklich an die Heil versprechende Rolle des nuklearen Projekts glauben und so vehement auf das Recht Irans auf Beherrschung des gesamten nuklearen Brennstoffkreislaufs pochen. Dass gerade die USA und auch europäische Staaten sich so kompromisslos weigern, dem Iran genau dieses Recht zuzugestehen, bestätigt sie - in Anlehnung daran, dass es die USA und Großbritannien waren, die vor über einem halben Jahrhundert in einer Allianz mit der damaligen iranischen Militär- und Finanzoligarchie Mossadeghs Projekt der Nationalisierung des Erdöls gewaltsam zu Fall brachten - in ihrer Auffassung, dass es dem Westen auch diesmal darum geht, Irans nationale Identität zerstören zu wollen. Daher ist es geboten - gerade im Lichte des berechtigten Bedürfnisses nach nationalen Zielen -, die historische Bedeutung dieser zwei Projekte, der Nationalisierung der iranischen Ölindustrie in den 1950er Jahren einerseits und des aktuellen nuklearen Projekts Irans andererseits, unter die Lupe zu nehmen:

⁹ Salimi, Hossein: Tasshyh-e Massaleh-e Hastejh-e Iran (Korrektur von Irans Nuklearproblem), in: Sharg (Iranische Tageszeitung) vom 27. August 2005.

Mossadeghs Projekt zielte darauf ab, den Nutzen aus den iranischen Ölquellen durch steigende Einnahmen zu maximieren. Das Nuklearprogramm hat aber bisher beträchtliche Ressourcen des Landes verschlungen, ohne dass überhaupt die Aussicht bestünde, dass dieses Projekt Irans Bevölkerung jemals etwas Nützliches zurückgibt. Die Nationalisierung der Ölindustrie war die einzige historische Option, eine Plünderung iranischer Ölquellen zu verhindern und die Lebensdauer der Ölressourcen auch über steigende Öleinnahmen hinaus auch für die Energieversorgung künftiger Generationen zu verlängern. Gibt es aber heute wirklich keine andere Alternative, um die langfristige Energieversorgung Irans zu sichern und die fossilen Ressourcen in nachhaltiger Weise zu nutzen, als ausgerechnet das nukleare Projekt? Haben Irans Experten die ökonomischen, ökologischen, wissenschaftlich-technologischen, sicherheitspolitischen Vorteile der regenerativen Energiepotentiale bereits hinreichend untersucht, um dann auf sicherer sachlicher Grundlage das nukleare Projekt für die künftige Stromerzeugung Irans als alternativlos einzustufen?

Mossadeghs Projekt stellte sich als eine herausragende Möglichkeit heraus, alle neu entstandenen sozialen Schichten der Gesellschaft (Mittelstand, Intellektuelle, Arbeiter, Geistliche, die Jugend) zu politisieren und gegen die verkrustete, rückwärtsgewandte und diktatorische Ordnung zu mobilisieren, somit auch nach innen in der Gesellschaft Identität zu stiften und erstmals in der iranischen Geschichte ein hoffnungsvolles Fenster der Demokratisierung zu öffnen und die Fundamente des alten archaischen Systems zu erschüttern. Die Antwort auf die Frage, welche mobilisierende Kraft für die soziale Erneuerung und die Mitbestimmung für die Demokratisierung der Gesellschaft das nukleare Projekt entfesseln könnte, ist im Iran bisher nicht einmal aufgeworfen worden. Mossadeghs Projekt der Nationalisierung der Ölindustrie erschütterte die gesamte Sozial- und Herrschaftsstruktur im Mittleren und Nahen Osten und strahlte hinsichtlich der antikolonialen Bewusstseinsbildung weit über diese Region hinaus. Hätte aber Irans nukleares Projekt ein damit vergleichbar aufklärerisches Potential, das ihm aus diesem Grunde eine hinreichende Legitimation zugebilligt werden könnte?

Und wäre es nicht fruchtbringender, kostengünstiger, sicherer und schöpferischer, die Frieden stiftende Option einer „regionalen Kooperation und Sicherheit für den Mittleren und Nahen Osten“ zum nationalen Ziel und zum Dreh- und Angelpunkt iranischer Außenpolitik zu erklären? Wäre es nicht gerade auch für den Iran ein Befreiungsschlag, aus der Krise heraus eine regionale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit vorzuschlagen und selbst dabei – wie unten skizziert – initiativ zu werden? Mit dem Vergleich beider Projekte hege ich durchaus nicht die Absicht, der Regierung der Islamischen Republik nahe zu legen, das europäisch-amerikanische Unrechtsdiktat hinzunehmen und auf das eigene Recht auf Urananreicherung zu verzichten. Vielmehr geht es darum, das eigene Recht auf Gleichbehandlung zu verteidigen, ohne sich zum Sklaven einer zwielichtigen Technologie zu machen.

Ein Sieben-Punkte Plan für den Beginn einer regionalen Kooperation

Der Iran verfügt dank seiner geopolitischen Lage über vielfältige Möglichkeiten, die Perspektive für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone als ein bedeutsames und in vieler Hinsicht geeignetes nationales Projekt zum wichtigsten Thema der Weltpolitik, und vor allem des Mittleren Ostens zu machen. Dieses Projekt spart Iran und der gesamten Region erhebliche Ressourcen für Militärrüstung und Sicherheit, eröffnet neue und zukunftsfähige Sicherheitsperspektiven und verfügt über eine positive, Identität stiftende und symbolische Ausstrahlungskraft, die national wie grenzüberschreitend wirkt. Der Iran hätte als regionale Mittelmacht auch gute Voraussetzungen, die Führung bei dieser zukunftsfähigen Perspektive zu übernehmen und dabei die gegenwärtige internationale Isolation in ihr Gegenteil zu verkehren. So könnte gleichzeitig auch der US-Hegemonialstrategie, die auf Spaltung, Destabilität, Feindschaft, Misstrauen, Konflikten und Kriegen in dieser besonders sensiblen Region aufbaut, die Grundlage entzogen werden. Diese Perspektive dürfte in der Region, in Israel und darüber hinaus auch international, selbst in den Vereinigten Staaten, auf Zustimmung stoßen. Gegner einer solchen iranischen Initiative, ganz besonders neokonservative Hegemonialpolitiker und Kriegstreiber in Washington, hätten es schwer, der Welt ihre ablehnende Haltung zu erklären und würden sich selbst isolieren. Die-

se Perspektive braucht aber seitens des Iran eine kluge und gut durchdachte Strategie, die wie im folgenden Sieben-Punkte-Plan skizziert aussehen könnte:

1. □ Die Islamische Republik Iran erklärt die Errichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten zum vordringlichsten Ziel ihrer Mittel- und Nahostpolitik und fordert alle Staaten der Region – einschließlich Israel – auf, sich grundsätzlich für Verhandlungen bereit zu erklären.
2. □ Der Iran unterbreitet allen Staaten der Region einen Verfahrensvorschlag für den Beginn einer regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit.
3. □ Der Iran erklärt seine Bereitschaft, mit dem Beginn der Verhandlungen die Urananreicherung als vertrauensbildende Maßnahme bis auf weiteres freiwillig auszusetzen.
4. □ Der Iran bietet allen Staaten der Region ebenfalls als vertrauensbildende Maßnahme an, bilaterale Nichtangriffsabkommen zu vereinbaren.
5. □ Der Iran schlägt Irak und den Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates die Bildung einer gemeinsamen Kommission vor, mit dem Ziel, Verfahren und Regeln für den Zugang zu internationalen Gewässern, zur Beilegung von Streitigkeiten bei der gemeinsamen Nutzung des Shatt-al-Arab und bei den grenzüberschreitenden Öl- und Gasvorkommen sowie zur Klärung sonstiger Territorialfragen zu entwickeln.
6. □ Der Iran erklärt sich bereit, gemeinsam mit allen Staaten im Mittleren und Nahen Osten Schritte zur Reduzierung der Militärpotentiale und zur Entwicklung von Konzepten zur gemeinsamen Sicherheit einzuleiten.
7. □ Der Iran schlägt die Schaffung eines Regionalfonds zur Förderung von Aufbauprogrammen in Palästina, Kurdistan und allen schwach entwickelten Regionen vor sowie zur Förderung gemeinsamer ökonomischer und sozialer Projekte und Aufbauprogramme, wie die Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stromnetzes für die gesamte Region zu finanzieren. Das gleiche gilt auch für die Einrichtung von Meerwasserentsalzungsanlagen, für Programme zur Armutsbekämpfung, zur Alphabetisierung, zur medizinischen Grundversorgung, für die Einrichtung von Institutionen für den Katastrophenschutz, für Programme zur Bekämpfung von Wüstenausbreitung und zum Ausbau regenerativer Energienutzung sowie zur Einrichtung von gemeinsamen Forschungsinstituten und Universitäten.¹⁰

¹⁰ Die hier entwickelten Überlegungen ergänzen meine bisher an verschiedenen Stellen entwickelten älteren und aktuellen Beiträge, u.a. in: Frankfurter Rundschau vom 27. März 2004; Blätter für deutsche und internationale Politik, April 2004 und Januar 2005; Nord-Süd aktuell Nr. 4/2004; Iran Nameh, Vol. XXI, No 4 2004; Friedensforum 1/2005; Shargh (persischsprachige Tageszeitung) vom 14. und 15. Februar 2005 sowie 14. August 2005.